

# Volkssblatt

Redaktion: Telefon 075/2 49 49/50.

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

108. Jahrgang - Nr. 150

## Wellenplan-Konferenz hat begonnen

### Wird Liechtenstein im neuen Frequenzplan berücksichtigt?

Um Ordnung in das Wellenchaos im Aether zu bringen, sind etwa 600 Fachleute aus 112 Ländern in Genf für voraussichtlich sieben Wochen zu einer Konferenz zusammengetreten, mit dem Ziel, einen neuen Wellenplan für den Mittel- und Langwellenbereich für Europa, Afrika, Asien und Ozeanien auszuarbeiten. Als Mitgliedstaat der Internationalen Fernmeldeunion (UIT) war Liechtenstein von Anfang an zur Teilnahme an der Wellenkonferenz eingeladen. Wie bei der vorbereitenden Tagung, so werden die liechtensteinischen Interessen auch während der jetzt angelaufenen Monsterkonferenz von Botschaftssekretär Mario Ledebur wahrgenommen. Da es bei der Wellenkonferenz vor allem auch um technische Fragen geht, stehen dem liechtensteinischen Vertreter Fachexperten zur Seite, welche von der Regierung bestellt wurden.

**Keine leichte Aufgabe**  
Liechtenstein gehört zu jenen Teilnehmerstaaten, die bislang noch über keinen Radio-Wellenbereich verfügen. Die Aussichten auf die Zuteilung einer Sendewelle müssten von dieser Seite her eigentlich günstig sein. Andererseits darf man natürlich nicht übersehen, dass wir mit unseren Bemühungen um einen brauchbaren Wellenbereich in Gesellschaft vieler, wesentlich grösserer Staaten stehen, die auch alles daransetzen werden, um ein möglichst grosses Stück aus dem Wellenkuchen für sich zu erobern. Für den liechtensteinischen Vertreter wird die Konferenz deshalb bestimmt keine leichte Aufgabe sein.

**1926: Erster Wellenplan**  
Schon 1926 wurde in Europa der erste Wellenplan ausgearbeitet, um die gegenseitige Störung von Sendern zu vermeiden. Die letzte Aufteilung der verfügbaren Lang- und Mittelwellen in Europa erfolgte 1948. Sie wurde indessen durch die politische und technische Entwicklung längst überholt und ist revisionsbedürftig. Statt der darin vor-

gesehenen 600 Mittelwellensender stehen heute ründ 1500 in Betrieb. Für Afrika wurde 1966 in Genf der erste Wellenplan ausgearbeitet; für Asien und Ozeanien existiert noch keine Regelung, obwohl auch dort



Für Liechtenstein an der Wellenplan-Konferenz in Genf: Botschaftssekretär Mario Ledebur.

gegenwärtig rund 2500 Sender tätig sind.

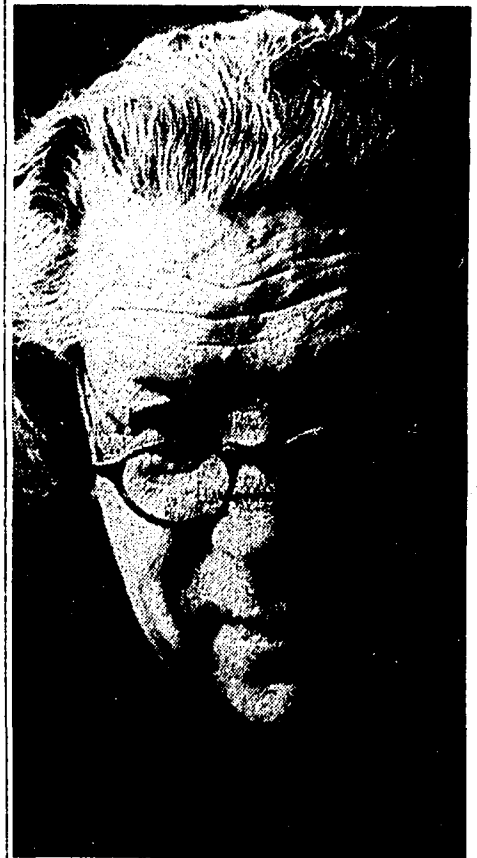
Die an der Konferenz beteiligten Länder verfügen heute über 4400 Sender mit einer Gesamtleistung von rund 150 000 kW. Für den aufzustellenden neuen Wellenplan wurden aber Frequenzzuteilungsbegehren für insgesamt 10 100 neue Sender mit einer Leistung von 540 000 kW gestellt. Es stehen aber nur 15 Langwellen (nur im europäischen Bereich) und 120 Mittelwellen zur Verfügung. Auf ihnen müssen diese Sender untergebracht werden, und zwar so, dass sich möglichst geringe gegenseitige Beeinträchtigungen ergeben.

#### Ordnung im «Wellensalat»

Das Problem, die unzähligen Gesuche um Zuteilung von Sendefrequenzen einzuplanen, wurde schon vor einem Jahr auf einer Konferenz angegangen. Damals versuchte man, die technischen und betrieblichen Kriterien festzulegen, die als Grundlagen des künftigen Wellenplanes gelten können. An ihr kam aber auch die unterschiedliche Bedeutung der Lang- und Mittelwellen

in verschiedenen industrialisierten und den Entwicklungsländern zum Ausdruck. Während die technisch entwickelten Länder der Qualität des Fernempfanges geringere Bedeutung beimessen und die Bandbreite der Sender beschränken wollten, beharrten die Länder der Dritten Welt auf einer möglichst breitbandigen, d. h. qualitativ besseren Übertragung, die es ermöglicht, über grosse Strecken und mit verhältnismässig bescheidenen Mitteln zu senden und zu empfangen. Die jetzt begonnene Konferenz in Genf soll nun versuchen, Ordnung in den «Wellensalat» zu bringen.

## Kanonikus Anton Frommelt †



Gestern Mittwochmorgen ist Kanonikus Anton Frommelt nach längerer, schwerer Krankheit in seinem Vaduzer Heim verstorben. Der Heimgegangene stand im 81. Lebensjahr. — Mit Kanonikus Anton Frommelt verliert unser Land eine der markantesten Persönlichkeiten, die das politische Schicksal unseres Staates Liechtensteins in schwerster Zeit entscheidend beeinflussten und das liechtensteinische Geistesleben im ersten Teil unseres Jahrhunderts wesentlich mitgeprägt haben. Kanonikus Anton Frommelt stand als Landtagspräsident, Vize-regierungschef und als Regierungsrat in den schweren Krisen- und Kriegsjahren in verantwortungsvollsten Positionen der liechtensteinischen Politik. Die Geisteswelt verliert eine markante Künstlerpersönlichkeit, die liechtensteinische Kirche einen Priester, der in seiner aktiven Zeit als Seelsorger und Fachautorität weit über unsere Grenzen hinaus anerkannt war. — Die Beisetzung des Verstorbenen findet übermorgen Samstag um 10 Uhr auf dem Friedhof in Vaduz statt. Den Angehörigen sprechen wir unsere herzliche Anteilnahme aus. Eine ausführliche Würdigung der Person Anton Frommelt folgt.

## Keine Belastung?

### Sennwald-Messungen

Der vor. einem Jahr aufgenommene Betrieb der Oeldestillationsanlage Sennwald im schweizerischen Rheintal verursacht im benachbarten Vorarlberg offenbar keine messbare Umweltbelastung. Bei kürzlich von der Bundesforstlichen Versuchsanstalt Wien im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung in Feldkirch an 60 bis 80 Jahre alten Fichten vorgenommenen Untersuchungen zeigten sich keine schädlichen Immissionswerte.

## Mittel frei

### Baubeginn der N 13 Teilstück Haag—Trübbach

Vor wenigen Tagen sind die Bauarbeiten am fehlenden Teilstück der Nationalstrasse N 13 zwischen Haag und Trübbach in Angriff genommen worden, nachdem das Eidgenössische Departement des Innern die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt hat. Damit entsprach der Bund dem Wunsch der St. Galler Kantonsregierung, den Strassenbau dieser 15,6 km langen Lücke um drei Jahre vorzuzuschieben. Der Subventionsanteil des Bundes beträgt 84 Prozent, den Rest hat der Kanton St. Gallen aufzubringen. — Am Freitag, den 17. Oktober wird der St. Galler Regierungsrat Dr. Geiger die Presse über den Stand der Dinge orientieren.

# Partnerschaftlicher Interessenausgleich

## Neuregelung der Finanzverhältnisse Staat - Gemeinden

Wie aus den Mitteilungen über die Beschlüsse der Regierung vom Dienstag dieser Woche zu entnehmen ist, sind folgende drei Gesetzesvorlagen von der Regierung beraten und den Gemeinden zur Vernehmlassung übermittelt worden:

- Gesetzesvorlage betreffend nicht zweckgebundene Finanzzuweisungen an die Gemeinden (neuer Finanzausgleich)
- Gesetzesvorlage über die Beiträge an die Betriebsabgänge von Spitätern (Mitbeteiligung der Gemeinden an der Defizitdeckung)
- Gesetzesvorlage über die Abänderung des Besolungsgesetzes (hö-

here Belastung der Gemeinden betr. Personalkosten für die an Primarschulen tätigen Lehrkräfte).

Alle drei Gesetzesvorlagen haben zum Ziel, das Verhältnis zwischen Land und Gemeinden in der Aufgaben- und Lastentragung neu zu bestimmen und einen partnerschaftlichen Interessenausgleich zu finden.

Die Regierung kommt damit dem übereinstimmenden Auftrag des Parlamentes nach, das Finanzverhältnis zwischen Land und Gemeinden grundsätzlich neu zu regeln, nachdem eine Provisorische Kürzung des Finanzausgleiches in

diesem Frühjahr von den Stimmbürgern abgelehnt wurde.

An der Regierungssitzung vom Dienstag wurden u. a. auch noch folgende Beschlüsse gefasst:

**Erhöhung der Couponsteuer**  
Ein Gesetzesentwurf über die Abänderung des Steuergesetzes (Erhöhung der Couponsteuer von 3 auf 4 Prozent) wird den interessierten Verbänden zur Vernehmlassung zugestellt. Von der Couponsteuer werden die Erträge aus

Fortsetzung auf S/2

# Nachtragskredite

## Positive Auswirkung des Finanzhaushaltsgesetzes

Der Landtag wird sich in seiner Sitzung vom kommenden Montag mit einem Antrag der Regierung auf Bewilligung von Nachtragskrediten zu Lasten der Rechnung 1975 in der Höhe von insgesamt 2,7 Millionen Franken zu befassen haben. Aufgrund des neuen Finanzhaushaltsgesetzes ist die Regierung verpflichtet, Ueberschreitungen des Budgets durch Nachtragskredite, die vom Parlament genehmigt werden müssen, abzudecken.

Das Finanzhaushaltsgesetz wirkt sich erneut positiv aus. Denn im Gegensatz zu früher, als Budgetüberschreitungen einfach als solche in der Landesrechnung gekennzeichnet waren und im übrigen einfach untergingen, müssen Nachtragskredite heute rechtzeitig beantragt werden. Parlament und Öffentlichkeit sind damit frühzeitig

über die Finanzentwicklung beim Staat informiert und vor (unangenehmen) Ueberraschungen geschützt.

In ihrem Antrag an den Landtag begründet die Regierung jeden Einzelnen der 14 Posten, für den Nachtragskredite nötig werden. Den Löwenanteil der Gesamtsumme von 2,7 Millionen, nämlich 2,2 Millionen Franken, geht zu Lasten des neuen Post- und Verwaltungsgebäude in Vaduz. Für das laufende Jahr wären 3,5 Millionen Franken budgetiert. Diese Teilsumme des Rahmenkredites wurde durch den schnelleren Baufortschritt jedoch schon früher aufgebraucht als geplant war. Dank günstiger Bedingungen gingen die Bauarbeiten am neuen Post- und Verwaltungsgebäude schneller voran als vorge-

sehen, so dass bereits Bauetappen verwirklicht werden konnten, die gemäss ursprünglichem Terminplan erst im kommenden Jahr realisiert und damit zur Zahlung fällig geworden wären.

Rund vier Fünftel der Nachtragskreditsumme ist damit eigentlich eine vorgezogene Ausgabe des kommenden Jahres. Der schnelle Baufortschritt hat noch weitere Vorteile: aufgrund der heute schon fällig gewordenen Zahlungen konnten auch gewisse Reduktionen der jährlichen Teuerungszuschläge erzielt werden.

Die restlichen 500 000 Franken, die man als «echte» Nachtragskredite bezeichnen kann, verteilen sich auf verschiedene Posten, angefangen von Beiträgen an Vereinigungen über die Anpassung von Versicherungssummen bis zur Ausrichtung von Spitaldefizitbeiträgen.

**Im Geldverkehr sind wir die Fachleute**

Verwaltungs- und Privat-Bank Aktiengesellschaft FL-9490 Vaduz

Schöner wohnen

thöny MÖBEL-CENTER Schaan 2 44 22